



wahrung, man wolle mit diesem Artikel nicht ausgesprochen haben, daß Seine Majestät der Kaiser Sein Wort nicht gehalten, die Absicht, Seine Kaiserliche Majestät wegen des behaupteten angeblichen Bruches Seines Versprechens zu verhöhnen und zu beleidigen, klar und deutlich erkennen läßt, und in dem angezogenen Artikel sonach eine den Bestimmungen in § 95 des Reichsstrafgesetzbuchs zu unterstellende Beleidigung Sr. Majestät des deutschen Kaisers unbestritten zu befinden ist, nun aber der Angeklagte August Bernhard Nuth, welcher zur Zeit des Erscheinens der Nr. 96 der Zeitschrift „der Volksstaat“ vom Jahre 1872 der verantwortliche Redakteur dieser Zeitschrift Nummer nach gewesen, es abgelehnt hat, den Verfasser oder Einsender dieses Artikels zu benennen, derselbe auch sonst nicht ermittelt werden können und ebendeshalb und da ihm nicht hat nachgewiesen werden können, daß er vor Abdruck des Artikels Kenntnis von dessen Inhalt gehabt, zu einer Bestrafung nach Art. 99 des Preßgesetzes vom 24. März 1870 verbunden mit § 95 des Reichsstrafgesetzbuchs weder gegen den angeklagten Nuth noch gegen sonst Jemanden zu gelangen gewesen ist, mithin gegen den Angeklagten Nuth als verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift „der Volksstaat“ zur Zeit des Erscheinens der Nummer 96 vom Jahre 1872 die Strafbestimmungen des Art. 20, verb. mit 22 des Preßgesetzes Anwendung zu finden haben;

So ist der Angeklagte Nuth auf den Bl. 9 gestellten staatsanwaltschaftlichen Antrag in seiner Eigenschaft als Redakteur des Volksstaats mit Rücksicht auf seine Bl. 9b pp. altentwändig gemachten Vorbestrafungen in Gemäßheit Art. 20 und 22 des Gesetzes vom 24. März 1872, die Presse betr., wegen der ihm zur Last fallenden neuerlichen Verletzung seiner Redakteurpflichten mit einer Ordnungsstrafe in der Höhe von

Achtzig Thalern

zu belegen; es ist auch dieses Straferkenntnis auf Kosten des Angeklagten in der Leipziger Zeitung öffentlich bekannt zu machen und der Angeklagte die sämtlichen in dieser Preßstrafsache erwachsenen Kosten abzusatteln schuldig.

Von Rechts-Wegen!

Leipzig, den 3. Februar 1873.

Das Königliche Bezirksgericht daselbst.

(L. S.)

Steinberger. Mannsfeld. Weiske.

Also verurtheilt „Von Rechts wegen“, weil „zweifelsohne“ behauptet worden ist, daß Seine Majestät der deutsche Kaiser Sein einer Deputation schlesischer Weber im Jahr 1864 als König von Preußen gegebenes Versprechen, die Arbeiterfrage solle möglichst bald gesetzlich geregelt und damit der Noth der Arbeiter Abhilfe geschafft werden, bisher noch nicht erfüllt und somit sein Versprechen gebrochen habe.

„Zweifelsohne“ ist aber in dem inkriminirten Artikel genau das Gegentheil behauptet, und so deutlich, als es mit Worten zu sagen, gesagt worden, der König von Preußen, jetziger deutscher Kaiser, habe sein „königliches Versprechen“ gehalten, und, wenn dem profanen Publikum die Erfüllung auch äußerlich nicht recht sichtbar sein möge, so liege die Schuld nicht an dem König von Preußen, der sein „königliches Versprechen“ selbstverständlich — denn Könige können ihr Wort doch ebenso wenig brechen, als sie, dem konstitutionellen Evangelium gemäß, politisch sündigen können — erfüllt habe, sondern an der Kurzsichtigkeit, Blödigkeit der vilo multitude, des gemeinen Pöbelhaufens, euhemistisch Bolk genannt, der seine Augen nur habe, um nicht zu sehen, sein Hirn nur, um nicht zu denken, und seine Häute nur, um nicht zu handeln.

Emphatischer, eindringlicher, unzweideutiger konnte nicht ausgedrückt werden, daß das „als König gegebene Versprechen“ (Leistung! Wende dich nicht im Grab herum!), um uns der klassischen Redewendung der Leipziger Herren Richter zu bedienen, gehalten worden ist. Und wie konnten wir dem Respekt vor einem „königlichen Versprechen“ im Besonderen, und vor der königlichen Würde im Allgemeinen, die ihren Inhaber weit über den Bereich der gewöhnlichen Sterblichen stellt, und dem gewöhnlichen Maßstab der gewöhnlichen Sterblichen entzückt, emphatischer, eindringlicher, unzweideutiger Ausdruck verleihen?

Aber gerade „die Verwahrung“, man wolle mit diesem Artikel nicht ausgesprochen haben, daß S. Maj. der Kaiser Sein Wort nicht gehalten, soll ja nach der Leipziger Gerichtslogik „die Absicht, Seine kaiserliche Majestät wegen des behaupteten angeblichen Bruches Seines Versprechens zu verhöhnen und zu beleidigen, klar und deutlich erkennen lassen.“

„Klar und deutlich“ ist hiernach für die Leipziger Richter, daß es eine Verhöhnung und Beleidigung des Kaisers von Deutschland ist, wenn man sagt, er habe sein Wort gehalten!

Begreifen die Leipziger Richter denn nicht das entgegengesetzte Rechtswidrige und Majestätsbeleidigerische ihrer Argumentation?

Aus den mannichfachen sprachlichen, stilistischen und logischen Eigentümlichkeiten, welche den Sinn verdunkeln, herausgeschält, ist die Argumentation folgende:

Der „Volksstaat“ ist ein Blatt, das nichts schreibt als Hochverrath und Majestätsbeleidigungen.

Der „Volksstaat“ schreibt zur Abwechslung einen Artikel, der weder Hochverrath noch Majestätsbeleidigungen enthält, sogar den König von Preußen (Kaiser von Deutschland) ausdrücklich gegen den möglichen Vorwurf, er habe sein „königliches Versprechen“ nicht gehalten, verwahrt.

Mit dieser „Verwahrung“ kann es dem „Volksstaat“ bei seiner „Tendenz“ nicht Ernst gewesen sein; die „Verwahrung“ war folglich böshafte Ironie, und raffiniert darauf berechnet, den König von Preußen (Kaiser von Deutschland) zu verhöhnen und zu beleidigen.

Ergo verurtheilt, Von Rechts Wegen!  
Gemach, Ihr Herren Leipziger Richter!  
Rechtswidrig und Majestätsbeleidigerisch nannten wir Eure Argumentation.

Rechtswidrig; oder stößt es nicht jedem Rechtsgrundsatze vor den Kopf, statt einer ungesetzlichen Handlung, eine Tendenz zu verurtheilen, die als Tendenz weder ungesetzlich ist noch ungesetzlich sein kann?

Majestätsbeleidigerisch; oder ist es nicht die giftigste, tödtlichste Majestätsbeleidigung, wenn erklärt wird, die Behauptung, der König von Preußen (Kaiser von Deutschland) habe sein Wort gehalten, könne nur Ironie sein? Liegt darin nicht die und breitet die Annahme, der König von Preußen (Kaiser von Deutschland) habe sein Wort gebrochen, und sein Wortbruch sei so flagrant und „notorisch“, daß man nur zum „Hohn“ sagen könne, der König von Preußen (Kaiser von Deutschland) habe sein „königliches Versprechen“ gehalten? In der That, das ist die konzentrierteste Majestätsbeleidigung, welche uns je vorgekommen ist, eine Majestätsbeleidigung, die allein alle Majestätsbeleidigungen aufwiegt, welche die bösen Sozialdemokraten verübt haben, seit es Sozialdemokraten gibt.

Wahrhaftig, der „Volksstaat“ muß sich vor so gefährlichen Mitarbeitern in Acht nehmen, wie die Leipziger Richter es sind.

## Politische Uebersicht.

— Zweifelsohne wird auch bei den nächsten Reichstagswahlen das Glück den Herren „Liberale“ insofern günstig sein, als es ihnen ermöglichen wird, einen reinen ungemischten Chor von Jabrüdern, dessen reichstreu Harmonie kein Reinsager stören wird, dem Herrn von Bismarck zur Verfügung zu stellen. Kein „liberaler“ Redner wird von „Volksrechten“ reden und dadurch den „genialen Staatsmann“, der vor solchen Worten schon eine gründlichere Schen hat, als die Rage vor dem Nachwerden, nochmals in die unangenehme Lage bringen, daß er sich solche „deklamatorische Redensarten“ verbitten muß. In diesem Sinne ist bereits an die „liberale“ Presse die Ordre gelangt, die zum „Wahlkampf“ erforderlichen gewöhnlichen Melodien abzuleiern und mit rührender Präcision erfüllen jene braven Preß Orgel männer, die von Reptilienfonds Gnaden berufen sind, „öffentliche Meinung“ zu machen, ihre patriotische Hundepflicht. Da schweift der Eine mit seiner Orgel in den öden Hallen der „Kirche“ umher und sucht mit dem schon tausendmal abgepielten Liebes vom „großen Kulturkampf“ die stürren Herzen der Gläubigen zu erweichen, der Andre steht als politischer Nachwächter auf der „Wacht am Rhein“ und weiß nicht genug zu singen und sagen von den „Reichsfeinden“, die da sinnen auf Umsturz und Hochverrath, der Dritte pouffiert die soziale Frage und streichelt dem Spießbürtigen traulich das Böpslein, ihm in die Ohren raunend, daß der neue St. Georg, der Drachentöchter, allein es sei, welcher das „Reich“ durch den § 20 seines Preßgesetzes vor dem Drachen des Communismus retten könne, und unmelodisch brüllt über alle hinweg unser zärtlicher Freund, Herr Julius Schulze in Mainz: „Herr Staatsanwalt, vergessen Sie den „Volksstaat“ nicht!“ — Ein nettes Concert! Ja, ihr lustigen Ruslkanten, für so ein patriotisches Herz hört sich das Ding ganz gut an und manch Wäglein mag in eurem Reigen tanzen, aber „wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser!“ Wir wissen, daß ihr selbst nicht glaubt, was ihr so trefflich heruntergerogelt versteht. Wir wissen, daß ihr selber fühl, daß ihr dem „Geniale“ zuliebe Komödie spielt und daß ihr nur seine Clowns (Hanswurste) auf seinem politischen Theater seid. Wir wissen — und ohnehin ist es bestätigt aus dem Munde eines der Eurigen, der nicht bloß auf dem Theater mitspielt, sondern auch zuweilen hinter die Coulissen guckt dar — daß ihr euch gar keine Illusionen macht! Ihr wißt, daß der Wloch des Militarismus in nicht allzulanger Zeit nicht wissen wird, wo er sein Futter austreiben soll; ihr fühl, daß eine kolossale Erhöhung der Steuern nöthig, unvermeidlich und doch unmöglich sein wird; ihr seid überzeugt, daß ihr der preussischen Regierung gegenüber gar nichts ausrichten könnt; ihr wißt, daß euer Drachentöchter Bismarck von seinem wackeligen Ministerstuhle jederzeit durch ein unreaktionäres pietistisches Ministerium gestürzt werden kann; ihr seht, wie faul unsere sozialen Zustände sind — ihr und euer „Reich“ treibt einem Abgrunde zu!

Ja, das fühlen und wissen sie Alles, die Herren „Liberale“, soweit sie noch Augen haben zu sehen und Ohren zu hören und sie sehen im „genialen Staatsmann“ den Gott, der sie vor dem letzten großen Krach retten kann. An ihn klammern sie sich an. Wird er sie retten können? Nun, wir werden sehen!

Phrasen, bewusste Phrasen ist Alles, was die reichsfreundlichen Herren Liberalen ihren Wählern vorplaudern, Phrasen ist Alles, was sie im Reichstag gesagt haben und noch sagen werden. Und solchen Humbug treiben die „ehrlichen Leute“ der Bismarck und Noon, solchen Schwindel nennt man „parlamentarische Thätigkeit“. Nun ist die Sache für uns nicht; wir sind vom Anfang an überzeugt gewesen, daß die „liberale Aera“ eine Aera des Schwindels und der Erbärmlichkeit ist; wir wissen aber, daß dies für Tausende von Wählern neu ist und die mögen sich's überlegen! —

— Die Rage aus dem Saal. Ein Artikel der Berliner ministeriellen „Provinzialkorrespondenz“ über und gegen einen ultramontanen Wahlausruf schließt mit den Worten: „Nicht Kampf und Trennung, sondern Friede und Eintracht ist das Verhältnis, das nach Gottes Willen zwischen den beiden von ihm zur Wohlfahrt der menschlichen Gesellschaft angeordneten (!) Gewalten (!) — nämlich Staat und Kirche — bestehen soll.“

Wozu die Berliner „Volkszeitung“ die Bemerkung macht: „Wer Ohren hat zu hören, der höre!“ Nun, die „Volkszeitung“ wird durch ihre „Ohren“ nicht daran verhindert, in derselben Nummer das kulturkämpferische Verlangen zu stellen, die sächsischen Stände sollten das sächsische Königshaus auffordern, „für protestantischen Kirche zurückzutreten!“ Warum nicht gleich sich beschneiden lassen? Das hätte gerade soviel Sinn. Doch lassen wir die „Ohren“ der „Volkszeitung“, und sehen wir uns den Satz der „Provinzialkorrespondenz“ etwas näher an. Also „nach Gottes Willen“ (den die „Provinzialkorrespondenz“ sicherlich per Extrapost vom Himmel eingeholt hat — wobei der fromme Erzengel Bagenor den Kontrier gemacht haben wird) soll „Friede und Eintracht“ bestehen zwischen „Staat und Kirche“, „den beiden von Gott zur Wohlfahrt der menschlichen Gesellschaft angeordneten Gewalten.“ Zunächst sei der „Provinzialkorrespondenz“ bemerkt, daß der „Staat“ keine „Gewalt“ ist; es gibt im Staat eine „Gewalt“, oder vielmehr mehrere Gewalten, je nach den Umständen, im Staat der „Provinzialkorrespondenz“ wesentlich zwei „Gewalten“; die eine zur körperlichen, die andere zur geistigen Unterrückung. Ersterer „Gewalt“ heißt: stehendes Heer, Reptilienfonds, irdische Gensdarmarie; letztere „Gewalt“: Schule, Kirche (alkatholische, neukatholische, lutherische, reformirte, deutschkatholische, freigeigentlichkeit etc.), himmlische Gensdarmarie. Beide „Gewalten“ arbeiteten bis vor anderthalb Jahren mit rührender Harmonie zusammen; seitdem aber ist ein Theil der Kirche durch gewisse „Taktlosigkeiten“ des Fürsten Bismarck lospöcken geworden und zwischen diesem Theil der Kirche (nicht: der „Kirche“) und der preussischen Staatsregierung (nicht: dem „Staat“) herrscht eine erbitterte Kappalgerei, bei der indeß, wie bei allen Kappalgereien, zwar sehr viel gepöckelt und gelärmt, jedoch weder gegessen, noch auch nur ernstlich gekragt wird, sondern die Kappalgenden „Kulturkämpfer“ genau wissen, daß sie einander nicht entbehren können, und im Grund genommen Fleisch von Einem Fleisch, Geiß von Einem Geiß sind. Die mit langen Denkerwoll-„Ohren“ versehenen Michel beladen sich natürlich ein, der über Nacht aus einem wendischen Krautjunker in einen deutschen „Demokraten“ verwandelt

\*) Es ist Thatsache, daß in diesen Tagen ein liberaler Abgeordneter von bekanntem Namen sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. Wir haben indeß kein Grund, bezüglich des Namens vorläufig Discretion walten zu lassen.

delte Bismarck sei entschlossen, der katholischen Kirche den Garauß zu machen; allein so willkommen dieser kindliche Köhlerglaube der langohrigen Michel auch in gewisser Beziehung dem angeblich metamorphisirten (verwandelten) Krautjunker sein mag — in anderer Beziehung hat die Fortsetzung der Kappalgerei doch ihre ernstlichen Nachteile; und nachdem durch den soeben veröffentlichten Briefwechsel zwischen Kaiser und Paps (Apropos, wie aus Berlin verlautet, hat der Kaiser „seinen“ Brief nicht ge-, sondern bloß unterschrieben) genügendes Kellame-Kapital für die Wiener Reise und die bevorstehenden Wahlen beschafft worden ist, will der „Staat“, d. h. die preussische resp. „deutsche“ Regierung „Friede und Eintracht“ mit der unter päpstlicher Fahne sechtenden schwarzen Gensdarmarie.

Nun — es wird nicht lange dauern, so werden die feindlichen Brüder sich wieder gerührt in den Armen liegen! Die „Volkszeitung“ möge die „Ohren“ nur spigen!

— Zur „gesunden Entwicklung“. Es ist eine Thatsache, daß der „Musterstaat“ Preußen den schwerfälligsten bürokratischen Apparat besitzt. Beweis: Im Jahre 1872 sind in Berlin an Unterstüzungen für Landwehrleute und Reservisten 2412 Thlr. ausgezahlt worden. Um diese Beträge zu buchen und zu registriren, genügte natürlich nicht die „große Armee“ von Schreibern, welche die vielen Pöpsden bei der Berliner Communalverwaltung schon inne haben, sondern es mußten noch extra „Hilfsarbeiter“ angestellt werden. Als die 2412 Thaler glücklich ausgebeißt und verrechnet waren, beließen sich die Kosten für die „Hilfsarbeiter“ auf 2235 Thaler, also beinahe gerade so viel, als Landwehr und Reserve erhalten hatten! Nehmen wir also an, der Reichstag würde sich einmal ermannen, der Bundesrath einmal vernünftig werden und es würden beide „Körper“ bestimmen, daß für die preussischen Schulen statt zweien jährlich drei Millionen ausgeworfen werden sollten. Nach dem Beispiel der Berliner Communalverwaltung schleppen in Berlin drei Millionen Thaler Ausgaben zwei und dreiviertel Millionen Thaler Verwaltungskosten hinter sich her! Hier hätten wir, was die Verehrer der preussischen Wirthschaft eine „gesunde, treffliche Verwaltung“ nennen. Da ist's freilich nöthig, daß man ab und zu einen kriechen, fröhlichen Krieg macht und so einem „Erbfeind“ fünf Milliarden tief in den Geldbeutel hineingreift.

— Die schon öfters besprochenen deutschen Kriegervereine haben dieser Tage in Weimar ihren „Delegirtenstag“ abgehalten. Der Geschäftsbericht erzählt, daß das Programm dieser Vereine von einem Polizei-Sekretär, Bröske in Spandau, verfaßt und in seiner polizeilichen Fassung auch angenommen worden ist. Es ist also kaum nöthig, über den Charakter und den Geist dieser Kriegervereine etwas Weiteres hinzuzufügen, wenn man weiß, daß eine preussische Polizeiseele die Grundlage ihres „geistigen“ Lebens geschaffen hat. An der Spitze des Vereins steht ein „alter Dessauer“, der Generalleutnant Stockmar, der sein „höheres Ehrgefühl“ sofort bethätigt hat. Wir berichten neulich schon, daß in den Kasematten der deutschen Festungen eine Menge von Soldaten schmachtet, die im Feldzuge gegen Frankreich sich sogenannter „Disziplinardisziplin“ schuldig gemacht haben und wegen dieser Verstöße gegen den Oßgen der „strammen Zucht“ zu langjähriger, ja in vielen Fällen lebenslänglicher Festungshaft verurtheilt worden sind. Die von preussischem Polizeigeist angewendeten Kriegervereine wagten nur zu beantragen, man möge ein Vergnügungsgesuch zu Gunsten dieser Unglücklichen an die Reichsregierung richten. Da fuhr der „alte Dessauer“ dazwischen und meinte, daß solch ein Gesuch „unzulässig“ sei. Die Antragsteller mußten „Ordre zu pariren“ und zogen ihr Gesuch zurück und eine Menge Opfer der sogenannten Disziplin schmachten hoffnungslos weiter in den Zwingburgen der herrschenden Gewalten. Wir sind keine Freunde der „Gnade“, mag sie „von Gott“ oder von den Fürsten kommen; Herr Stockmar aber degradiren wir hiermit vom Generalleutnant zum Feldwebel!

Der Wloch. In keinem Gewerbe zeigt sich die Verachtung der heutigen Gesellschaft und des heutigen Staats für Leben und Gesundheit der Arbeiter so unverhüllt, wie in dem Bergbau. Daß der englische Bergbau Jahr aus Jahr ein tausend Arbeitern das Leben, Zehntausenden die Gesundheit kostet, ist durch amtliche Statistik festgesetzt.

Für Deutschland fehlt eine solche Statistik. Wir sind noch in dem Stadium, wo die Bourgeoisie die Gefahr zu entfernen glaubt, wenn sie die Augen zuschließt. Ganz zufällig ist dieser Tage ein großes Schlaglicht auf die Menschenopfer im preussischen Bergbau geworfen worden. In einer auf Veranlassung des Handelsministeriums angefertigten Tabelle der in Preußen befindlichen Knappschaftsvereine werden folgende Thatsachen konstatirt:

Im Jahre 1872 belief sich die Zahl der Knappschaftsvereine auf 91. Die Anzahl der Werke und Salinen beläuft sich auf 2646 mit einer Belagschaft von Arbeitern deren Familien 101,813 männliche und 106,349 weibliche Mitglieder zählte. Was die Personalverhältnisse der Vereinsmitglieder betrifft, so beläuft sich die Zahl derselben auf 109,783 ständige und 117,083 unständige, zusammen also auf 226,796 Mitglieder. Die Vereine zählen an Unterstüzungsberechtigten: 1634 Sanjwaliden, 321 Halbwaliden, 14,800 Wittwen und 47,523 Waisen und Kinder, für welche Schulgeld gezahlt wird. Den Vermögensstand der Vereine anlangend, so belief sich am Jahreschluß die Summe der Aktiva auf 4,925,683 Thlr., die der Passiva auf 86,600 Thlr., so daß ein schuldenfreies Vermögen von 4,739,182 Thlr. vorhanden war. Die etatsmäßige Einnahme des Vorjahres belief sich auf 2,264,627 Thlr., die Ausgabe auf 2,230,738 Thlr., so daß ein Ueberschuß von 33,889 Thlrn. erzielt wurde. Auf das einzelne Vereinsmitglied kommen durchschnittlich laufende Beiträge von 5 Thlr. 12 Sgr. 8 Pfg. Im Laufe des verfloffenen Jahres sind von den Knappschaftsmitgliedern erkrankt 130,235, darunter 21,059 in Folge Beschädigung bei der Berkarbeit. An Unterstüzungen wurden durchschnittlich pro Jahr verabreicht: einem Invaliden 54,7 Thlr., einer Wittwe 27,7 Thlr. und einer Witse 8,5 Thlr. — Das sind die Zustände des gefegneten deutschen Bergbaues. Also von einer Arbeiterbevölkerung, deren männliche Mitglieder, die Knaben und Greise eingerechnet, nur etwa Hunderttausend betragen, sind über Zwanzigtausend, also mehr als ein Fünftel, im Laufe eines einzigen Jahres bei der Arbeit zu Schaden gekommen; von den wirklich arbeitenden Bergleuten ist daher wohl jeder dritte Mann verletzt worden; die Zahl der Wittwen und Waisen ist geradezu haarsträubend. Auf die Bergleute kommen alljährlich mehr Verletzungen, als sie auf Soldaten einer gleich großen Armee im langwierigen Feldzuge kommen. Es ist ein ununterbrochenes Massenopfer von Leben und Gliedmaßen, welches dem Rammon dargebracht wird. Und dazu kommt, daß der Gesundheitszustand im Allgemeinen ein beispiellos ungünstiger ist! Ueber drei Fünftel der Knappschaftsmitglieder krank! Es ist grauenhaft. Wann endlich werden die Arbeiter so schauerhaften Gesellschaftszuständen ein Ende machen?

— Moderne Folter. Vor fast 4 Wochen erwähnten wir (siehe Nr. 92 des „Vollstaats“) der über den Faktor der „Deutschen Reichszeitung“, in der Absicht, eine Zeugnisaussage von ihm zu erpressen, verhängten Haft. Der von dieser Maßregel Betroffene war damals bereits zweieinhalb Monate seiner Freiheit beraubt gewesen. Anknüpfend an eine Bemerkung der „Reichszeitung“ schreiben wir: „Wenn die Hoffnungen der „Reichszeitung“ ausschließlich auf dem Berliner Obertribunal beruhen, dann kann die Haft Siegers (des fraglichen Faktors) sich noch in's Unbestimmte verlängern.“ Wir hatten richtig geurtheilt. Die Berliner „Vollzeitung“ vom 21. ds. schreibt:

„Die Frage, ob es dem Richter zustehe, durch Körperhaft einen widerpersönlichen (sic) Zeugen zur Ablegung des Bennisches zu zwingen, oder ob derselbe (nämlich der Richter) eventuell verpflichtet sei, den Zeugen gegen Hinterlegung einer Kaution auf freien Fuß zu setzen, ist von dem Obertribunal nunmehr definitiv entschieden worden, indem dasselbe den gegen die Entscheidungen des Kölner Appellhofes eingelegten Rekurs zurückgewiesen hat. Wie erinnerlich handelt es sich um die von dem Untersuchungsrichter in Bonn gegen den Faktor der „Reichszeitung“ verfügte Körperhaft, weil derselbe sich geweigert hat, den Verfasser eines den altkatholischen Bischof Reinkens beschimpfenden Artikels zu nennen, obgleich der Faktor privatim versichert hatte, den Verfasser zu kennen. Das Landgericht in Bonn wie der Appellhof in Köln hatten die gegen den Faktor verfügte Körperhaft für gerechtfertigt erklärt, ebenso wie die Ablehnung der angebotenen Kaution; und hat also das Obertribunal dieser Auffassung zugestimmt.“

So die „Vollzeitung“, Organ der preussischen Fortschrittspartei. Kein Wort des Tadel! Kein Wort auch nur der Kritik. Doch entrüsten wir uns nicht über Selbstverständliches. Daß die „Vollzeitung“ zu diesem scandalösen Verfahren nichts zu bemerken hat, liegt ebenso in der Natur der „Vollzeitung“, wie es in der Natur des Berliner Obertribunals liegt, daß es dasselbe mit seinem Stempel versehen hat.

— Was ein Thiers unter dem Jubelgeschrei der gesamten Bourgeoisie begonnen, hat nun ein Mac Mahon glücklich zu Ende geführt — die französische „Republik“ befindet sich am Vorabend der Monarchie, der absoluten Monarchie. Wie es scheint, wird man in der Versailler Kränznäherungsversammlung einhellig den Antrag stellen, daß die Regierung Frankreichs wieder in die Hände eines „Gottgebalbten“ gelegt werde. Wenn auch augenblicklich zweifelhaft ist, wer eigentlich die Majorität in der Nationalversammlung besitzt, die monarchische oder „republikanische“ Partei, so wird allem Anschein nach in diesem Falle die „gnädige Fügung“ walten, wie sie bisher gewaltet hat. Zum Sturze von Thiers hatte sich ja auch rasch eine Majorität zusammengesunden, während vorher das Uebergewicht sehr zweifelhaft war. Fast alle unsere „Politiker“, auch jene wenigen, welche sonst der Entwicklung der Dinge unbefangenen zu folgen pflegen, fassen die Situation in dem großen Kasperltheater zu Versailles falsch auf, indem sie calculiren, die bevorstehende Entscheidung, ob „Republik“, ob Monarchie, hänge von der Gesinnung jener Individuen ab, welche zur Zeit — eine traurige Repräsentation — das französische Volk repräsentiren. Das ist falsch. Gesinnung giebt es nicht. Das Regiment der Herren Thiers und Mac Mahon hat in der Nationalversammlung ein parlamentarisches Lumpenthum großgezogen und wie die amerikanischen „Vollvertreter“ nach den Prozenten, die ihre Stimmen abwerfen, so verwerthen die Versailler Kränznäherer ihre Stimmen nach der Seite, wo ihnen die Aussicht auf die fettesten Stellen winkt. Hier liegt der Hase im Pfeffer und die Chancen der Monarchie in der Nationalversammlung erklären sich sehr einfach daraus, daß ein „Monarch“ ein zahlreicheres Heer von Beamten und Schmarozkern nöthig hat, als ein „Präsident der Republik.“ Und nicht nur in der Nationalversammlung, sondern auch außerhalb derselben lauert ein Schwarm von adligen Galgenhügeln, Herzögen, Grafen und Cocotten, auf die Gelegenheit, die Orgeln wieder feiern zu können, wie sie unter dem Scepter der früheren Könige und dem zweiten Kaiserreich modern geworden waren. Eine „Republik“, die das Treiben dieser Leute im gehobenen Stile duldet, die ihre höchsten Stellen mit lauter französischen Reactions-Helden besetzt, kann allerdings keinen Anspruch auf Bewusstseinsfähigkeit erheben. Darum tritt die Monarchie mit solcher Stärke und mit solcher Unversämtheit auf. Und was thut die „republikanische“ Partei? Die Einen klammern sich an die Hoffnung, daß die Monarchisten in Versailles am Ende doch nicht die Majorität erlangen möchten, die Andern hoffen auf Thiers und Gambetta, und in letzterem Sinne ruft denn auch das Organ Gambetta's die „Republique française“ patetistisch aus: „Wir werden die Republik nöthigenfalls (aha!) mit Gewalt verteidigen!“ Mit andern Worten: Das Gambetta'sche Blatt will seinen Lesern und seiner Partei den ungeheuren Wären aufbinden, das französische Volk, d. h. die französischen Arbeiter würden sich erheben, um mit den Waffen in der Hand die „Republik“ vor der monarchischen Reaction zu schützen. Das Wörtchen „nöthigenfalls“ verräth indessen, daß das Organ Gambetta's selbst nicht an seine hohle Phrase glaubt, und im Nothfall läßt sich ja jedes für „unnöthig“ erklären. Vor Allem aber werden es die französischen Arbeiter — und diese sind das französische Volk, die paar Spießbürger, welche hinter den Herren Thiers und Gambetta stehen — höchst unnöthig finden, für die sogenannte Republik dieser Herren ihre Haut zu Markte zu tragen. Wenn Herr Thiers und sein Anhang glauben, daß die französischen Arbeiter schon vergessen hätten, was in den Tagen der Commune in den Herren Bourgeoisrepublikanern gesündigt worden ist, wenn die Bewunderer des französischen „Heldengreises“ sich in der Hoffnung wiegen, daß die blutigen Pflöge auf der Ebene von Satory nicht nichts bedeuten, als eine „kleine Station der Geschichte“, und dürfen sie sich jedenfalls bedeutend irren. Die französischen Arbeiter haben gar kein Interesse an dieser sogenannten „Republik“, die noch dazu durch die „conservativen“ Verzerrungen Thiers' einem Zerrbild geworden, lächerlich für alle Zeiten. 1848 haben die französischen Arbeiter die Junischlacht und ließen sich erschießen, nachdem sie dem Staat „drei Monate Elend“ geschenkt, weil dieser selbige Staat ihnen das Recht auf Arbeit vorkam; 1870 vertheilte sie Paris gegen die Preussen und ließen sich, von Verräthern geführt, niederschlagen, indem sie hofften, Widerstand von Paris werde eine bessere Zeit einleiten; 1871 ließen sie die Commune und ließen sich opferfreudig niederschlagen, Frankreich vor den Intriguen der elenden Nationalversammlung des noch elenderen Thiers zu retten. Die alte faule Gesellschaft hat sich der Arbeiter noch einmal erwehrt mit Aufgebot aller Mittel, die ihr zu Gebote standen, der Hinterlist, der Lüge, des Verraths und der Bestechung. Und nun ist die alte faule Gesellschaft, repräsentirt im Augenblick von Thiers und Mac Mahon, angekommen, wo sie gedenkt, ihre Toilette zu wechseln, d. h. von „großen Staatsmännern“ und „traurigen Kriegshelden“ wieder einmal von einem bourbonischen Don Quixote oder einem „gottbegnadeten“ Abenteurer repräsentiren zu lassen.

Mag die Krisis nun einen Ausgang nehmen, welchen sie wolle — die französischen Arbeiter werden sich jedenfalls verdammt wenig um den Toilettenwechsel kümmern, und ob das Regiment, unter dem sie Haare lassen müssen, Thiers oder Bourbon, Mac Mahon oder Bonaparte, „Republik“ oder Königthum heißt!

### Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

Parteigenossen!  
Nachstehende Orte sind bis heute ihren Verpflichtungen für Monat September nicht nachgekommen:

- Aalen, Altona, Auerbach, Bremen, Burgstädt, Bamberg, Bradwebe, Bischofswerda, Crimmitschau, Celle, Constanz, Crefeld, Connewitz, Dessau, Düsseldorf, Deuben, Dülten, Eisenach, Erfurt, Froburg, Frankfurt a. M., Freiberg i. S., Frankfurt a. O., Großenhain, Gleishammer, Gotha, Geier, Gelsenau, Gera, Hainichen, Hildesheim, Halberstadt, Holzwinden, Hof, Harburg, Harzgerode, Köthensdorf, Königsberg, Kaiserslautern, Landshut, Lichtenstein, Lunzenau, Lörrach, Langenbielau, Lübeck, Landau, Magdeburg, Marburg, Mülsen St. Nicola, München, Münchenberndorf, Groß-Mühlungen, Nürnberg, Neudorf, Neustadt a. d. S., Neuschönefeld, Neukirchen bei Chemnitz, Oplau, Offenbach, Deberan, Pfersee, Penig, Quecklinburg, Regensburg, Ronneburg, Rochlitz, St. Egidien, Solingen, Stuttgart, Soest, Spandau, Schw.-Gmünd, Schwarbeck, Staßfurt, Süchteln, Schwabing, Wandsbeck, Wittgensdorf, Wiesbaden, Weida, Weichselburg, Zürich.

Von obigen Orten haben die nachstehenden ihre Verpflichtungen auch noch für Monat August, einige Orte selbst für Juni und Juli, zu erfüllen:

- Aalen, Auerbach, Bremen, Burgstädt, Bamberg, Bischofswerda, Crimmitschau, Constanz, Crefeld, Dessau, Düsseldorf, Deuben, Dülten, Froburg, Freiberg i. S., Frankfurt a. O., Großenhain, Gleishammer, Geier, Gelsenau, Gera, Hainichen, Halberstadt, Harburg, Harzgerode, Köthensdorf, Kaiserslautern, Lunzenau, Langenbielau, Lübeck, Landau, Magdeburg, Marburg, Münchenberndorf, Gr.-Mühlungen, Neudorf, Neustadt a. d. S., Neuschönefeld, Neukirchen, Oplau, Offenbach, Deberan, Pfersee, Penig, Regensburg, Rochlitz, St. Egidien, Solingen, Stuttgart, Soest, Schw.-Gmünd, Staßfurt, Süchteln, Schwabing, Wandsbeck, Weida, Wittgensdorf, Zürich.

Mit Hinweis auf die Organisation werden die Vertrauensmänner vorgenannter Orte dringend ersucht, sich der ihnen gewordenen Aufgabe, welche in erster Linie die Förderung des Parteiwohles bezieht, würdig zu zeigen und für baldigen Eingang der Parteisteuern bestens zu sorgen. Den Anforderungen, welche von Tag zu Tag an den Ausschuss bezüglich der Agitation gestellt werden, kann nur dann prompt Genüge geschehen, wenn jeder Parteigenosse, besonders was die Parteikasse betrifft, seine Schuldigkeit thut.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
Hamburg, 20. Okt. 1873. H. Banneke, Parteikassirer, kleiner Schäferkamp 34.

### Gewerksgenossenschaftliches.

#### Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Bremerhaven, 21. Okt. Der Kampf, welcher heute auf allen Gebieten des industriellen Lebens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entbrannt, würde ein für die Arbeiter viel günstiger sein, wenn er nur geführt werden brauchte gegen den wirklichen Feind, gegen die dem Arbeiter entgegenstehenden Gesellschaftsklassen. Allerdings, wo die Arbeiterbewegung schon in etwas höheren Bogen geht, werden die Arbeiter die Erfahrung gemacht haben, daß noch außer dem wirklichen ein anderer und mitunter recht bössartiger Feind in ihrer eigenen Mitte zu suchen ist.

Die Schiffszimmerer zu Bremerhaven wissen von solchen gemeinen, allen Ehrgefühls baaren und nur an sich selbst denkenden Berufsgenossen ein Liedchen zu singen.

Leptes Frühjahr, kurz nach Gründung unserer Gewerkschaft, war es für uns eine zwingende Nothwendigkeit, bei der Gesellschaft des N.-D. Lloyd die Arbeit einzustellen. Wollten wir unsern Zweck erreichen, so mußte Zuzug verhindert werden. Schreiber dieses wurde nach Ostfriesland und ein anderer College, Namens Albrecht, nach den Ostseepfählen geschickt, indem letzterer angab, ein Marineoffizier, mit dem er befreundet, hätte ihm unter anderm erzählt, es seien Schiffszimmerer von Stettin und anderen Pfählen der Ostsee nach hier im Anzuge. Darauf hin wurde derselbe mit Reisegeld versehen und beauftragt, die Collegen an Ort und Stelle von dem wahren Sachverhalt zu unterrichten. Nachträglich stellte sich leider heraus, daß genanntes Individuum, wenn nicht in höherem Antrage, so doch lediglich zu seinem Vergnügen auf Unkosten der Kasse seiner Collegen eine Reise nach der Heimath gemacht und dadurch dem Interesse seiner Gewerksgenossen durchaus entgegengehandelt hatte. Da Reisegeld nur zum Theil ausgezahlt worden war, so machte besagter Albrecht nach seiner Rückkehr unserm Cassirer eine Rechnung von reichlich 60 Thlr. Zahlung wurde verweigert, und derselbe strengte in Folge dessen einen Prozeß an, ist aber, nachdem mehrere Termine abgehalten, zur Rückerstattung der schon erhaltenen Gelder, sowie in sämtliche Prozeßkosten verurtheilt.

Zwischen seinen Collegen kann derselbe jetzt nicht mehr arbeiten; er arbeitet seit der Zeit aber dort, wo er hat Zuzug fern halten wollen, beim N.-D. Lloyd. Es ist klar, daß die Arbeiterbewegung nicht gut vorwärts kommen kann, so lange mit derartigen Feinden zu kämpfen ist.

#### Internationale Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft.

In der am 11. v. M. stattgehabten Mitgliederversammlung der internationalen Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft kamen die durch Circular mitgetheilten Beschlüsse der Gewerkschaftsvorsitzenden-Konferenz zu Braunschweig zur Verabreichung und Urabstimmung. Sämmtliche Redner sprachen sich für die Annahme der beantragten vier Punkte aus, welche auch einstimmig angenommen wurden.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Joh. Scherm, Schriftführer.

#### Allgemeiner Böttcher-(Küper)-Verein.

Berlin, 22. Oktober. Der Streik der Bremer Kollegen ist siegreich beendet, da alle Forderungen bewilligt sind. Briefe nach Bremen sind zu richten an Heinrich Staaß, Gütchshof Nr. 6. Der Streik der Dresdener Mitgliedschaft dauert unermüdet fort, es ist daher aller Zuzug fern zu halten. Gelder wolle man senden an W. Petters, Rosenweg Nr. 66, 4. Etage. Diejenigen Orte,

welche Material erhalten und bis dato ihre Mitgliederlisten noch nicht eingesandt haben werden ersucht, uns davon in Kenntniß zu setzen, ob sie dem Verbands beitreten wollen oder nicht. Wir sind des Materials sehr bedürftig, da dasselbe durch den Beitritt vieler neuer Mitgliedschaften fast erschöpft ist. Die öffentliche Abrechnung des Kassirers Grager erfolgt erst im nächsten Quartal.  
Für den Ausschuss  
A. Hinze, Schriftführer.  
Kl. Frankfurterstr. 7.

#### Verband für Buchbinder.

Leipzig, 24. October. Wie wir soeben aus zuverlässiger Quelle erfahren, beabsichtigt der Leipziger Buchbinder-Verein, sämmtlichen Vertrauensmännern des Buchbinder-Vereins Sonnabend den 25. v. M. zu kündigen. Daß hiermit eine Sprengung des Leipziger Buchbindervereins beabsichtigt wird, liegt wohl klar. Es wird also auch in den Ostthünen, in welchen der Tarif angenommen, durch die Kündigung gegen die Vertrauensmänner eine allgemeine Kündigung sämmtlicher Vereinsmitglieder erfolgen; der Streik der Buchbinder in Leipzig scheint somit große Dimensionen anzunehmen, als man vorher geglaubt. Sollte dieser Fall eintreten, so erwarten die Mitglieder des Leipziger Buchbindervereins, daß alle Arbeiter für sie eintreten, damit das Vorhaben der Prinzipale, welche noch nie ein Verständniß für die Gegenwart gezeigt haben, nicht gelingt. Unfre Organisation, obwohl noch jung, ist dennoch unter allen Umständen bestrebt, ein würdiges Glied an der großen Kette der Arbeiterbewegung zu bilden.

#### Correspondenzen.

Dresden, 21. October. Das vielbesprochene große Arbeiterfest fand, wie wir im „Vollboten“ lesen, am vergangenen Sonnabend in den Räumen der Centralhalle statt und war von einer großartigen Zahl von Festtheilnehmern, unter denen man auch Bewohner des Plauenischen Grundes, von Kößgenbroda, Pirna, Hainichen, Schönsfeld, Laubegast u. s. w. vielfach vertreten fand, besucht. Leider war es Johann Jacoby nicht möglich gewesen, da er eben erst von einer längeren Reise nach Königsberg zurückkehrt, schon jetzt nach Dresden zu kommen, doch darauf war man schon vorbereitet gewesen, so daß seine definitive Abfassung die Parteigenossen nicht unvorbereitet fand: um so schmerzlicher traf aber die Kunde, daß unser Freund Most, den man so wie so eingeladen und für jeden Fall als Ersatz erwartet, sich durch weitere Maßregelungen des Gerichtsamts Chemnitz in seinem Wohnorte Schloßchemnitz so befehligt gefunden, daß er voller Entrüstung zwei Tage vor dem Feste den Staub des Königreichs Sachsen von seinen Füßen geschüttelt hatte. Parteigenosse Eduard Bernstein aus Berlin jedoch hatte sich pünktlich eingefunden und trug, nachdem die Musik mehrere Märsche executirt und Parteigenosse Rathes mit Beifall den Prolog vorgetragen, unter stillschweigendem Nachdruck des Publikums eine Episode seiner Dichtung: „der Communard“ vor, so daß er vielen Beifall erntete. Die Festsrede hatte unter solchen Umständen Otto-Walcker übernommen. Derselbe sprach dem Publikum gegenüber zunächst die Ueberzeugung aus, daß die Weichen weniger aus Neugier gekommen seien, das Antlitz eines berühmten Mannes zu sehen, als bewegt von dem Verlangen, von den Ideen zu hören, die diesen Geistesdämpfer beleben, und da er, Redner, sich viel und eingehend mit Jacobi's Wirksamkeit beschäftigt, so hoffe er die Festgenossen dadurch am Besten zu befriedigen, daß er im Sinne und Geiste dieses gefeierten Gesinnungsgenossen spreche. Auf den Kampf der Geister eingehend, der die Welt so lange bewegt bis auf den heutigen Tag, citirte der Redner die Stelle aus Goethe's Iphigenie:

Es fürchte die Götter  
Das Menschengeschlecht u. s. w.

Der Kampf der Titanen gegen die Olympier, der Unterdrückten gegen die Unterdrückten ist noch nicht ausgekämpft, siegen aber wird die Prinzipientreue, das unverbrüchliche Festhalten an den welterslösenden Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Menschen. Die Versammlung gab freudig angeregt diesen Ausführungen ihren ungetheilten Beifall und nachdem noch die Musik ein Stück gespielt, wurde in Ansehung der Sonnabends beliebten kurzen Tanzzeit der erste Theil abgebrochen und der Tanz eröffnet, nach welchem der allgemeine Commerc mit Vorträgen von Hilgen, Rathes, Wede, Anspache von Castein u. s. w. stattfand, bis schließlich das bis spät in freudiger Stimmung und würdiger Haltung verbleibende Publikum sich nach und nach unter Kundgebung vollster Befriedigung entsetzte.

Berlin. In Folge der vielfach gemachten Erfahrung, daß wirklich freisinnige Kundgebungen der Bürgerschaft von den Redaktionen der genannten liberalen und konservativen Presse entweder verümmelt und entsetzt oder einfach dem Papierkorb überwiesen werden, wurde in der Urwählerversammlung, welche am 22. v. Badestr. 19 bei Hanke verhandelte, beschlossen, nachstehende, von Herrn Schmann eingebrachte Resolution nur der Redaktion des „Vollstaats“ und der des „Neuen Sozial-Demokrat“ zur Veröffentlichung einzusenden:

„In Erwägung, daß nichts dringlicher ist, als die endliche Aufhebung des „Systems der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen“, ist es nothwendig, daß die zu wählenden Abgeordneten entschiedene Feinde dieser Ausbeutung sind, daß sie energisch und konsequent eintreten für eine Umgestaltung der heutigen Gesetze in dem Sinne, daß jeder Erwerb, der sich auf Speculation und Wucher, auf Schwindel und Betrug gründet, als gemeiner Diebstahl strafrechtlich verfolgt werden muß, daß künftig die Gesetze sich nicht allein gegen die kleinen Diebe wenden, gegen das sogenannte „grobe Verbrechen“ überhaupt, sondern in noch viel höherem Grade gegen die großen Diebe, gegen das sogenannte „feine Verbrechen.“ Außerdem sind die zu wählenden Abgeordneten für schleunige Aufhebung des Dreiklassen-Wahlsystems für Staats- und Gemeinde-Verwaltung zu verpflichten und für gesetzliche Feststellung genügender Diäten für die gewählten Vertreter.

Wöhlen die Urwähler aller Orte, namentlich die der 3. Klasse, Wahlmänner aufstellen, welche die bevorstehende Abgeordneten-Wahl in diesem Sinne benutzen, möchte das arbeitende Volk vor allen Dingen bei der ebenfalls bevorstehenden Reichstagswahl das bereits in seine Hand gelegte geheime, gleiche und direkte Wahlrecht in diesem Sinne ausnützen!“

Der „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ oder dem „allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, welche beide in erster Reihe gegen das unheilvolle „Ausbeutungs-System“ ankämpfen, und welche gerade wegen dieses Kampfes alle andern Parteien gegen sich haben — beizutreten und die gute Sache durch Abonnement auf die Arbeiterzeitungen zu unterstützen, wurde der Versammlung dringend empfohlen.

In der Wahlfrage findet nächsten Sonntag den 26. d. bei Huth, Badestr. 22, abermals eine öffentliche Versammlung statt. A. Keitel, Schriftführer, Grünhaldenstr. 34.

**Erfurt, 13. Okt.** Unter heutigem Datum überraschte uns eine Annonce im „Allgemeinen Anzeiger“, in der uns die freundliche Mittheilung gemacht wird, daß die hiesigen Bierbrauereibesitzer, voran die erste Thür. Aktien-Gesellschaft, wegen der sogenannten Steigerung der Arbeitslöhne und des Rohmaterials das Litter um 6 Pfz. erhöht haben. Es zeigt das wiederum, wie die Ausbeutung der Arbeiter nach jeder Seite hin betrieben wird, um den Herren Kapitalisten möglichst hohen Gewinn zu verschaffen. Die hiesige „Thüringer Zeitung“, ein Blatt, welches stets auf dem Damme ist, wenn es gilt, dem Arbeiter Eins auszuweisen, wagte sogar die geistreiche Bemerkung, der Arbeitslohn, den die Herren Bierbrauereibesitzer zahlen müssen, wäre plötzlich um 20 pCt. gesiegen. Am selbigen Tage wurden die Arbeiter der Lingolischen Schuhfabrik in Kenntniß gesetzt, daß er (der Herr Prinzipal) gezwungen sei 6 Sgr. pro Duzend abzugeben, da das Geschäft angeblich sehr flau ging. Hierzu muß bemerkt werden, daß die Verteilung der Arbeit in dessen Fabrik in ausgeprägtem Maßstabe vorhanden ist und durch Anwendung einer Durchschneidmaschine in Aufwickeln und Abfabriken zerfällt. Obiger Lohnabzug galt den Aufwicklern. Dieselben beschloffen deswegen (13 Mann an der Zahl) in der ersten Hitze die Arbeit einzustellen, doch kamen sie zu der Einsicht, daß dies nicht angenommen werden konnte, indem dieser Lohnabzug nicht am Sonnabend bei der Abrechnung, sondern erst am Dienstag bekannt gegeben worden war. Das ging so die Woche hin und als wiederum Zahlungstag war, blieb alles beim Alten. Nur ein Arbeiter, Mitglied der Schuhmachergewerkschaft, ließ die Arbeit liegen. Bemerkenswert muß hier werden, daß der Meister, als er von einem Arbeiter auf das Ungerechte seiner Handlungsweise den Arbeitern gegenüber aufmerksam gemacht wurde, selbst zugestand, daß er Unrecht gehabt habe und den vollen Lohn für die Woche auszahle. Im Uebrigen blieb's bei dem erwähnten Lohnabzug. Dies sind Fabrikverhältnisse wie man sie nicht schöner wünschen kann. Es zeigt wiederum, daß die Arbeiter ihre eigene Lage noch immer nicht begriffen haben, da sie sich willenlos zum weitest größten Theil als Spielball des Kapitals, ihres größten Feindes, gebrauchen lassen. — Noch Eins habe ich zu bemerken und zwar über das Gedächtnis der Herren Schuhmachermeister. Dieselben beriefen am 17. Oktober eine Vorstandssitzung ein, in welcher die Gewerkschaft der Schuhmacher der Hauptpunkt der Tagesordnung war. Dieselben haben nämlich vor einigen Jahren eine Innungs-Krankenkasse gegründet, in welcher sie das Krankengeld von 1 auf 2 Thaler erhöht haben. Beschlossen wurde in derselben, der nächsten allgemeinen Meisterversammlung den Antrag vorzulegen, daß derjenige, welcher Mitglied der Gewerkschaft der Schuhmacher ist, nicht zugleich Mitglied der Innungs-Krankenkasse sein könne, indem der Kranke mehr habe, als er in gesunden Tagen verdienen könne. Bekannt ist, daß die Krankenkasse der Schuhmacher-Gewerkschaft 3 Thlr. vom 1. Dezember ausbezahlt, hierzu die 2 Thlr. der Meister-Kasse macht in Summa 5 Thlr. Ein größeres Krankheitszeugniß könnten sich die Herren Meister nicht ausstellen, als durch diesen zu stellenden Antrag. Eine bessere Illustration von den gesteigerten hohen Löhnen der Arbeiter habe ich bis jetzt noch nicht finden können.

Mit Gruß  
H. Göge.

**Wolfsbühel, 22. Okt.** Die am Montag Abend in Schmid's Garten abgehaltene Volksversammlung war trotz des stürmenden Regens stark besucht; auch Landbewohner aus Gr. Stöckheim und Leifferte hatten den weiten Weg nicht gescheut und sich zur Versammlung eingefunden. Bracke referirte über die Prinzipien der Sozial-Demokratie und die Reichstagswahlen. Die große Ungerechtigkeit unserer sozialen Zustände werde am Besten durch den bekannten Ausspruch des National-Ökonomen John Stuart Mill bewiesen, welcher lautet: „Wie wir es jetzt sehen, vertheilt sich das Ergebnis der Arbeit fast im umgekehrten Verhältnis zur Arbeit, — so daß die größten Antheile denjenigen zufallen, welche überhaupt nie gearbeitet haben, die nächstgrößten denen, deren Arbeit beinahe nur nominal ist, und so weiter hinunter, indem die Vergütung in gleichem Verhältnis zusammenschumpft wie die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste Arbeit nicht mit Gewißheit darauf rechnen kann, selbst nur den nothwendigsten Lebensbedarf zu erwerben.“ Diese schreiende Ungerechtigkeit, anerkannt von der Wissenschaft der Bourgeois-Ökonomie selbst — Mill sei keineswegs zu den Sozialisten zu zählen — habe ihre Grundursache in einem ungedeugten Eigenthumsrecht, das die heutige Gesellschaft charakterisire: Mit Hälfte der Institution der Lohnarbeit werde das Wesen der Sklaverei und der Leibeigenschaft, das darin bestehe, daß man Andere für sich arbeiten lassen könne, aufrechterhalten, und das daraus begründete Eigenthumsrecht sei das Recht an dem Arbeitsvertrage Anderer; das Eigenthum an der fremden Arbeit sei das Fundament für die heutige Gesellschaft. Je mehr Andere Einer für sich arbeiten lassen könne, je mehr verdiene er ohne selbst Arbeit dafür zu leisten, und die schwindelhaften Börsengeschäfte und Gründungen seien nur ein Ausfluß jener ungerechten Grundlage. Am Deutlichsten zeige sich das Eigenthum an der fremden Arbeit beim Abschneiden der Coupons. Demgegenüber vertritt die Sozialdemokratie das gerechteste Eigenthumsrecht, das es geben könne; ungeschmälert solle Jeder besitzen, was er erarbeitet habe; die Sozialdemokratie vertritt das Eigenthumsrecht an der eigenen Arbeit und deren vollem Ertrage. Deshalb ständen alle Die, welche wirklich arbeiten müßten, um ihren Lebensunterhalt zu erwerben, auf Seiten der Arbeiterbewegung oder gingen nicht mehr und mehr zu ihr über. Die Bürger, Bauern und Beamten in ihrer großen Mehrzahl seien die natürlichen Bundesgenossen der Arbeiter; nur die Großgrundbesitzer, Großkapitalisten und die übrigen besonders bevorzugten Stände seien deren natürliche Feinde. Bei dem allgemeinen gleichen Wahlrecht sei aber dem arbeitenden Volke über die geringe Zahl seiner Gegner der Sieg gewiß, wenn Jeder das Seine thue, um das Volk über die Bedeutung der Wahlen und die verschiedenen Parteien aufzuklären. Redner beleuchtete dann das Verfahren der national-liberalen Partei im braunschweigischen Landtage und im deutschen Reichstage und entwickelte ausführlich das demokratische Streben nach der vollen Volksherrschaft und nach vollkommener Gleichberechtigung Aller, Letzteres besonders an den Beispielen der Schule und des Militärsystems. — Die Versammlung sagte darauf einstimmig folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Kandidatur des Kaufmanns W. Bracke jun. aus Braunschweig für die Reichstagswahlen einverstanden und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Wahl desselben einzutreten.“

Auf Vorschlag von Holzhausen, welcher zu thatkräftigem Handeln ermahnt, wird die Bildung eines Wahlcomitès beschlossen, dessen Sitzungen jeden Montag Abend im Engelschen Lokale stattfinden sollen. Alle Fabriken, Werkstätten, Korporationen, Gewerkschaften etc.,

sowie die benachbarten Dörfer, werden dringend gebeten, Abgeordnete in dieses Wahlcomité zu entsenden. Die Versammlung war allgemein von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Sieg des aufgestellten Kandidaten im Wahlkreise Wolfsbühel-Deimstedt nicht unwahrscheinlich sei, und wurde es Jedem zur heiligen Pflicht gemacht, durch eigne unaufhörliche Thätigkeit den Sieg herbeizuführen zu helfen. (Dr. B.)

**Drochtersen.** Das „Stader Wochenblatt“ bringt aus hiesigem Orte eine Correspondenz, aus der für die betreffenden Arbeiter die dringende Mahnung ersichtlich, sich bei Zeiten gegen den beabsichtigten Schlag zu schützen. Die Correspondenz lautet: „Ziegelei-betrieb betreffend.“ In einer am 23. v. Mts. hieselbst abgehaltenen Versammlung von Ziegelei-Besitzern an der Ostsee und Unter-Elbe, um die zu ergreifenden Maßregeln zu berathen:

„damit die diesjährigen überaus hohen Löhne der Ziegelarbeiter wieder herunter gedrückt werden,“ kamen sämtliche Anwesende schließlich dahin überein, daß die einzig durchführbare Maßregel nur darin bestehen könne, daß die Ziegeleibesitzer in dem gedachten Bezirke sich dahin vereinigen, für das nächste Jahr ihren Betrieb erheblich, mindestens um 1/3, also auf 2/3 desjenigen Betriebes, für welchen die Ziegelei eingerichtet sei, einzuschränken, so daß also z. B. derjenige, dessen Ziegelei für 30 Mann eingerichtet ist, im nächsten Jahre nur mit 20 Mann ziegeln dürfe, daneben inessen selbstverständlich den kleinen Ziegeleien diejenige geringste Manneszahl, ohne welche sie überhaupt nicht würden ziegeln können, unbedingt belassen werde.

„Die obige Maßregel könnte aber nur dann von Erfolg sein, wenn zu derselben sich eine große Anzahl von Ziegeleibesitzern wenigstens 2/3 des gedachten Bezirkes vereinigen.“

„Es ist nun leicht einzusehen, daß, wenn eine solche Vereinbarung zu Stande kommen könnte, dadurch für das nächste Jahr einerseits die Nachfrage nach Ziegelei-Arbeitern erheblich vermindert, andererseits aber bewirkt würde, daß ein bedeutend geringeres Quantum von Steinen fabrizirt werden, und also die vorhandenen Steine einen höheren Preis erzielen würden. Auch würde allein schon durch den auf diese Weise auf den Ziegeleien vermehrten Flatz die Fabrikation der Steine sich um etwas billiger stellen.“

„In der Erwartung nun, daß die obige Maßregel, durch welche sich ohnehin Keiner erheblich schaden kann, überall Anklang finden werde, wurde in der Versammlung den 23. v. Mts. beschlossen, auch die dort nicht erschienenen Ziegelei-Besitzer zum Beitritt aufzufordern, und im Falle bis zum 6. October mindestens 2/3 der Ziegelei-Besitzer unserer Gegend sich damit einverstanden erklärt hätten, alsdann eine größere Versammlung gegen Ende October in Drochtersen abzuhalten und über die Sache endgültig zu beschließen; daher alle diejenigen Ziegelei-Besitzer, welche dem obigen Vorschlage beizutreten geneigt wären, solches vor dem 8. October bei dem Mandatar Joerden in Freiburg anzeigen möchten.“

„Dieser Beschluß sollte in dem betreffenden Bezirke möglichst allgemein bekannt gegeben werden.“

Die Herren Ziegelei-Besitzer gedanken also mit einem Schlage zwei Fliegen zu treffen. Erstens soll durch verminderte Produktion der Preis der Ziegel in die Höhe getrieben, und zum Zweiten durch die dann disponibel gewordenen Arbeitskräfte das Angebot von „Händen“ gesteigert und somit der Lohn herabgedrückt werden. Recht schlau das, aber infam zugleich. Was die Ziegelarbeiter thun werden, ist abzuwarten. Leider hat es den Anschein, als ob sie ruhig zusehen wollten, wie die Arbeitgeber aus ihrem Elend Vortheil ziehen.

**Sforzheim.** Sonntag den 5. October fand hier im Saale zum „Schwarzen Adler“ das Stiftungsfest unseres Gewerksvereins unter zahlreicher Theilnahme unserer Collegen statt. Dabei ist vor Allem anzuerkennen, daß trotz dem, daß das Lokal fast die ganze Dauer des Festes überfüllt war, nicht der leiseste Widerspruch die allgemeine freudige und festliche Stimmung störte, ein neuer Beweis, wie sehr die Collegen am hiesigen Plage allen Versuchungen, zum Schaden der Arbeiterbewegung Spaltungen in dieselbe zu bringen, energisch widerstehen und die Träger solcher Absichten, als ohnedies genug gezeichnet, mit der ihnen gebührenden Verachtung strafen. Nächst diesem Gemeingeiste war es wohl auch das reichhaltige und interessante Festprogramm, welches zur Erhöhung und Erhaltung dieser Stimmung wesentlich beizug. Aus den vielen Nummern des Programms wollen wir für diesen Bericht vorzüglich hervorheben. Die Festrrede, welche diesmal von dem zufällig als Gast anwesenden Herrn Opificius aus Frankfurt gehalten wurde. Derselbe, gegenwärtig Mitglied der Control-commission der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, benutzte die Gelegenheit, um in einem etwa einstündigen, wiederholt von dem Beisatze der Anwesenden unterbrochenen Vortrage auf die Ziele der Arbeiterbewegung und die ungemessene Wichtigkeit der Gewerksvereine für die Erreichung dieser Ziele hinzuweisen. Als besonders interessant möchten wir die Stellen bezeichnen, in welchen der Redner von den Anfängen der Arbeiterbewegung und der Gewerksvereine sprach, anführte, daß die Arbeiter Anfangs nur zögernd, gleichsam überall umherfahrend, ob sie auch auf dem rechten Wege und langsam vorgingen und insbesondere Anfangs die Nichtbegründung politischer Fragen in den Vereinen noch vielfach Grundlag war. Inzwischen aber sind im Laufe der Jahre, fährt der Redner fort, die Vereine stärker und mächtiger geworden, sie haben erkannt, daß zur Erreichung so großer Ziele die kleinen Mittel nicht mehr genügen, sondern daß es ein einfaches Vernunftgebot und Pflicht der Arbeiter gegen sich selbst sei, durch energische Theilnahme an der Politik und Anwendung aller gesetzlich zulässigen Mittel dem großen Ziele, der Befreiung des Arbeiterstandes und damit des ganzen Volkes immer näher zu kommen. Die Arbeiterbewegung, rief er aus, sie hat die Kinderschuhe ausgezogen, mit festem, männlichem Schritte, sich vollbewußt ihrer Aufgabe, schreitet sie einher, allen ihren Gegnern fest ins Auge blickend und denselben, mögen sie wie immer heißen, die Maske der Heuchelei vom Gesichte reisend und sie in ihrer wahren schwindelhaften Gestalt zeigend. Rauschender Beifall folgte diesen Worten, und man konnte es allen Anwesenden ansehen, daß der Redner denselben so recht aus der Seele gesprochen hatte.

Die hierauf folgenden Vorträge erstens und komischen Inhalts, sowie der Gesangs-Sektion des „Arbeiterbildungsvereins“, welche trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens schon recht Tüchtiges leistet, waren geeignet, den Beweis zu liefern, daß das Festcomité seine Aufgabe, unseren Mitgliedern einen erheben und genußreichen Abend zu verschaffen, vollständig erfüllt und auch richtig auszuführen verstanden hat. (Genossenschaftler.)

### An die Parteigenossen!

Für die Inhabanten gingen ferner (Septbr.—Octbr.) an die Parteiliste ein:  
Darmstadt 20 Gr. 5 Pf., Coburg 1 Thlr., Hamburg 10 Thlr., Braunschweig 8 Thlr., Hamburg (durch Lindinger) 1 Thlr. 6 Gr., Augs-

burg 27 Gr., Hof 2 Thlr. 8 Gr. 5 Pf., Frankfurt a. M. 24 Gr., Sforzheim 1 Thlr. 5 Gr., Weimar 1 Thlr., Augsburg 27 Gr. (zweite Rate), Wolfsbühel 20 Gr., Schweinau 7 Gr., Köln 4 Thlr. 8 Gr. 3 Pf., Landshut 1 Thlr. 5 Gr., Reutlingen 1 Thlr. 12 Gr., Königsberg (von 2. in 3.) 15 Thlr., Hamburg (durch Lindinger zweite Rate) 1 Thlr. 6 Gr., durch Geib 4 Thlr.

Mit dem Rufer: „Gedenket der Inhabanten und gemäßigten Parteigenossen, besonders der Euren Festlichkeiten vergeßt ihrer nicht“, grüßt Namens des Partei-Ausschusses:

H. B. n. e. l. e., Klein. Schäferkamp 34.  
Hamburg, den 23. Okt. 1873.

### Fond für pol. Gemäßigete.

S. W. Breitenfeld 5 Gr.

### Briefkasten

der Redaction. W. H. in Breslau: Wird geschiden. J. St. in Pforze: Heintzes Schriften vertreiben wir nicht. Seine Adresse ist: R. Feigen, Redacteur des „Pionier“ in Boston (Nordamerika). Wir haben mit diesem Stellen nichts zu thun. R. Wolf in Chemnitz: Die Sache wird sich wohl machen lassen. Näheres brieflich. Gruß!  
Der Expedition: Bitte Rücksicht: Die Post dort muß Ihnen die Grpl. nachliefern. S. M. Landau: Schrift 3 Thlr. Embri Gotba: Schrift 2 Thlr. W. Breitenfeld: 4. Da. 16 Gr. Schrift 3 Gr. Sigr. Rem-Hort: 4. Da. 16 Gr. f. Sch. Planen: 4. Da. 16 Gr. Th. S. Damig: Schrift 1 Thlr. 5. 2. D. B. Schly Hamburg: Ab. u. Schrift 50 Thlr. Schly Thonberg: Schrift 6 Gr. Schrift Salzwedel: 4. Da. 1 Thlr. 5. W. Rem Berlin: 8 Thlr. 22. Rpp. Gannhadi: Schrift 18 Gr. 2. Th. Wien: Schrift 10 Gr. 6. R. Gage hier Schrift 6 Gr. Kisch. Winterbar: Schrift 2 1/2 Gr. Schmbg. Varenburg: Schrift 15 Gr. Olev. Inowraciam: Schrift 2 Thlr. 1. R. Schndr. Mannheim: Schrift 1 Thlr. Orm. Jentelrado: Schrift 2 Thlr. 1. R. K. Nisa: 4. Da. 16 Gr. W. Pr. Kopenbagen: 4. Da. 16 Gr. P. Hof. Apsoda: Schrift 10 Gr. W. K. Arnstadt: Schrift 2 Thlr. P. hier Schrift 4 1/2 Gr. J. Strg. München: Schrift 4 Gr. 5. W. R. Meiningen: Schrift 1 Thlr. 5. J. K. Riedbach: Schrift 4 Thlr. 5. Dng. Ronsdorf: Schrift 1 Thlr. 15. B. Berlin: Schrift 1 Thlr. 11. 5. E. M. München: Schrift 5 Gr.

### Anzeigen etc.

**Berlin** Sozial-demokratische Arbeiterpartei. Bezirksversammlungen.

Montag, den 27. October, Abends 8 Uhr, Subwig Local, Admiralstraße 11, Eingang vom Hof: Die Vorgänge in Spanien und Frankreich. Ref.: Dr. Baumann.

Dienstag, den 28. October, Abends 8 Uhr, Café Hausmann, Elisabethstraße 17, Eingang vom Garten: Managesertium. — K. B. Socialismus. — Socialismus. Ref.: Herr Schramm.

Die Mitglieder werden ersucht sich rege zu betheiligen und Sorge zu zuführen. Die Versammlung in der Auguststraße fällt aus. Die Parteigenossen dieses Bezirkes haben am Dienstag vollständig zu erscheinen.

Wichtige Mittheilungen. Das Agitations-Comité.

**Berlin** Allgemeiner Pötker- (Rüper-) Verein.

Dienstag, den 28. October, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Heise'schen Local, Landbergerstraße Nr. 15, da in der vorigen Sitzung die Abrechnung nicht statt fand. — Tagesordnung: Abrechnung des Beitragsammlers. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Bevollm.

**Bremen** Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Sonnabend, den 25. October d. J., Abends 8 Uhr: Versammlung im „Stuttgarter Hof“, Grajenstraße 30/31. — Tagesordnung: Constitution der Mitgliedschaft.

Pflicht aller Parteigenossen ist es, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Fremde können durch Mitglieder eingeführt werden.

Im Auftrage: G. Saevel.

**Braunschweig** Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Die Versammlungen finden jeden Mittwoch Abend regelmäßig 6 1/2 Schellbach, alte Knochenhauerstraße 13 statt.

Der Bevollmächtigte: C. G. Müller, Scharenstraße 22, II.

**Hamburg** Für Buchbinder.

Leber- und Papparbeiter befindet sich der Arbeitsnachweh, gr. Burstah unter Nr. 26, bei Herrn Bachmann (Bier-Consoc.).

**Leipzig** Töpfergewerkschaft.

Dienstag, den 29. October, Abends 8 Uhr bei Schäfer (früher Göb) Nikolaistraße Nr. 51. — T. O.: Wahl des Vorstandes und Gründung einer allgemeinen Krankenkasse.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. D. B.

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Heute Sonnabend, den 25. Okt., Abends 8 Uhr: Versammlung Windmühlenstraße 7. — Vortrag, Fragekasten.

**Leipzig** Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Montag, den 27. October 1873: Geschlossene Mitglieder-Versammlung bei Arnold, Reubnerstraße Nr. 10. — Alle Mitglieder werden aufgefordert zu erscheinen. Der Bevollm.

**Spaudau** Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Hamburger Tunnel, Abends 8 Uhr. — Die Gleichgültigkeit der Arbeiter zu unserer Sache. Ref.: Herr Wille aus Berlin. Jedermann willkommen. Der Vertrauensmann.

**Thonberg u. Umgegend** Arbeiterverein.

Montag, den 27. Octbr., Abends halb 9 Uhr, bei Günther. — Tagesordnung: 1) Vortrag und Diskussion. 2) Fragekasten. 3) Vereinsangelegenheiten.

Alle Arbeiter und Arbeiterfreunde, welche dem Verein beitreten wollen, sind eingeladen. Der Vorstand.

### Geburtsanzeige.

Am 21. October beschenkte mich meine liebe Frau Bertha mit einem gesunden und kräftigen Weibkinder.  
Breslau, den 23. Octbr. 1873. Hermann Gottschalk.

### Unterhosen,

kaumwollne (glatte) beste Qualität in 3 Mannesgrößen à Ddh. 8, 9, 10 Thlr. versendet unter Nachnahme und Portovergütung im Ddh. wie im Einzelnen.

Alle Parteigenossen bitten um stütige Abnahme Adolph Börner aus Weiskirch (in Sachsen).

### Die Filialexpeditionen

werden ersucht die übrigen Exemplare von Nr. 81 und 86 des „Volkstaat“ 1873 an uns einzusenden.

Zugleich werden die säumigen Filialexpeditionen an ihre Zahlungspflicht erinnert.

3a) Die Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig: Berantio. Redacteur: Caspe r. (Redaktion und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.